



Klaus Hoher MdL

Newsletter IV/2019 vom 10.01.2020

EU-Recht **verhindert** stressfreie Hofschlachtung

Zur Sache I

Der Einsatz von mobilen Schlachtboxen ist nicht EU-Rechtskonform, so lautet das Ergebnis meiner Anfrage. Die Idee ist simpel: Mobile Schlachtboxen ermöglichen ein Schlachten vor Ort ohne unnötige Tiertransporte und das stressfreie Ableben des Tieres in gewohnter Umgebung und ohne Panik, vorzugsweise direkt auf der Weide.



Zwei Organisationen in Baden-Württemberg bieten den Landwirten diesen Service bereits an, leider jedoch am Rande der Legalität und ohne Zulassung. Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist vereinbart, für die mobile Schlachtung attraktive Modelle zu entwickeln. Leider wurde auch dieses Koalitionsversprechen bis heute nicht eingelöst.

Ich halte die mobile Schlachtung für einen guten Beitrag zum Tierwohl. Deshalb werde ich gemeinsam mit unserem FDP-Europaabgeordneten Andreas Glück MdEP die Angelegenheit nochmals

in Brüssel vorlegen. Es kann nicht sein, dass **EU-Recht Tierwohl behindert oder sogar verbietet.**



[Hier geht es zu meiner kleinen Anfrage](#)

Keine Preistransparenz an Ladestationen für E-Mobile

Zur Sache II

An jeder klassischen Tankstelle wird dem Verbraucher schon beim Heranfahren die Preise für die Kraftstoffe angezeigt. Nicht so bei den Ladesäulen für E-Mobile. Die Landesregierung ist nicht in der Lage eine Preistransparenz herzustellen.

Zu diesem Ergebnis kam das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit dem Antwortschreiben auf meine Anfrage. Die Abrechnung sind nicht einheitlich, teils zeitabhängig, teils verbrauchsabhängig und teils pauschal, jeweils abhängig vom Ladesäulenaufsteller.



Grund hierfür ist, dass es noch keine einheitlichen Messgeräte auf dem Markt gibt. Um eine weitere Ausdünnung der vorhandenen Ladeinfrastruktur zu vermeiden, lässt die Landesregierung alle funktionsfähigen Ladestationen zu, unabhängig von ihrer Verbrauchsabrechnung.

Die Verbraucherzentrale Ba-Wü stellte fest, dass es derzeit nicht überprüft werden kann, inwieweit die Anbieter marktgerechte Preise in Rechnung stellen. Deshalb fordert die Verbraucherschutzzentrale eine konsequente Umsetzung der Preisangabenverordnung, welche eine Abrechnung nach Kilowattstunden vorsieht und somit eine Preistransparenz für den Verbraucher schafft. **Bis wann eine solche Umstellung auf einheitliche Messgeräte erfolgen kann ist laut Ministerium noch nicht bekannt.**

[Hier geht es zu meinem Antrag](#)

Debatte zum Doppelhaushalt 2020-21 Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Auszüge aus meiner Rede im Landtag:

Wir kommen bei dieser Debatte nicht umhin, die Agrarpolitik des Landes mit einem Exkurs in die Großwetterlage der nationalen und internationalen Agrarpolitik einzuordnen. In den vergangenen Wochen ist der Unmut der Landwirte in Deutschland sichtbar geworden. Wir alle haben die Traktoren-Sternfahrt nach Berlin gesehen. Wir alle sehen die vielen grünen Kreuze auf den heimischen Äckern und Weiden. **Der Frust der Landwirte ist massiv.**



Der Auslöser war das sogenannte „Agrarpaket“ der Bundesregierung. Das im Rahmen dieses Pakets angekündigte Insektenschutzprogramm ist faktisch ein Pflanzenschutz-Verhinderungsprogramm. Hier geht es um ein Totalverbot von Herbiziden, unter anderem in sämtlichen FFH-Gebieten. In Baden-Württemberg wären knapp 15 Prozent der Landesfläche von diesem Verbot betroffen. Die Folge wären ein Niedergang ganzer Obstbauregionen und das Aus für Weinbau in Steillagen.

Die Agrarpolitik in Land, Bund und EU lässt sich immer mehr von Stimmungen leiten und immer seltener von Fakten. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt von allgemeiner Unkenntnis getrieben. Hierzu ein Beispiel: Leider wird auch in diesem Hause gelegentlich behauptet, die Landwirtschaft bringe von Jahr zu Jahr mehr Spritzmittel aus.

Fakt ist, die jährlichen Berichte aus dem Bundesamt für Verbraucherschutz sagen etwas anderes: Seit mehr als einem Jahrzehnt bewegt sich der Absatz von Pflanzenschutzmitteln in rückläufiger Tendenz.

[Link zu den Plenarprotokollen](#)

Debatte zum Doppelhaushalt 2020-21 Kultur, Jugend und Sport Auszüge aus meiner Rede im Landtag:

Zu Recht wurde in den Vorreden die besondere Bedeutung des Sports betont. Wir Freien Demokraten finden: Der Sport ist von unschätzbarem Wert! Sowohl für die Gesundheit und Entwicklung der Menschen als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich möchte deshalb allen Sportlerinnen und Sportlern danken, die mit ihrem Ehrenamt in den Vereinen unser aktives und vielfältiges Sportland Baden-Württemberg ermöglichen.

Obwohl auch die Regierungsfractionen Bekenntnisse zum Sport abgegeben haben, wird in diesem Einzelplan 04 deutlich: Der Sport hat bei Grün-Schwarz keine Priorität. Die Steuereinnahmen liegen deutlich über den Erwartungen. In dieser Lage wären neben Schuldentilgung dringend notwendige Investitionen auch für den Sport geboten.

Ein Beispiel für eine dringend notwendige Investition im Sportbereich ist die Infrastruktur zum Schwimmenlernen. Nach aktuellen Zahlen des Kultusministeriums können nur rund 72% unserer Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschulzeit schwimmen. Dies gilt aber nur für diejenigen, die überhaupt Schwimmunterricht besuchen konnten. Denn rund ein Viertel der Schulen konnten keinen Schwimmunterricht anbieten. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. **Für die Hälfte der Schulen ist die Entfernung zum nächsten Schwimmbad einfach zu groß.**

Die DLRG und die Sportverbände machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass die Schwimmflächen für Schulen und Vereine immer weniger werden. Dadurch erhöhen sich die Wartezeiten für Schwimmkurse teilweise auf über ein Jahr. All diese Zahlen sind eigentlich ein Notruf an die Verantwortlichen auf allen Ebenen. Unser Ziel muss es sein, dass alle Kinder schwimmen lernen können – egal wo sie zur Schule gehen.

[Hier geht es zu meinem Haushaltspitch](#)

[Link zu den Plenarprotokollen](#)

Völlig verfehlte Bahnpolitik des Verkehrsministers

Meine Anfrage zu der aktuellen Situation der Bodenseegürtelbahn zeigt auf, dass der Bodenseekreis beim Schienenverkehr abgehängt wird. Laut Antwort des Verkehrsministeriums **fallen im Schnitt jede Woche 8 Züge aus**, die meisten davon unangekündigt. Den Bahnreisenden, die am Bahnsteig bei ausgefallenem Zug im Regen stehen, zeigt der Verkehrsminister nur die kalte Schulter.



Die Pünktlichkeitswerte haben sich im Jahre 2019 gegenüber 2018 noch deutlich verschlechtert.

Fielen im Jahre 2018 noch insgesamt 363 Züge aus, so waren es 2019 bis Ende Oktober schon 423 Züge.

Das Ministerium gibt an, dass für knapp zwei Drittel die Verantwortung der Zugausfälle beim Betreiber RAB liegen, die häufigsten Gründe waren Personal-mangel. Das Land ist Aufgabenträger für den regionalen Schienenverkehr, steht also bei den Pendlern im Wort.

Ich fordere die Landesregierung als Aufgabenträger auf, ihrer Verantwortung gegenüber dem Betreiber gerecht zu werden und mehr Personal zu fordern, um weitere Zugausfälle zu vermeiden.

Zudem hat es die Landesregierung mit der Anschaffung von Dieselloks in diesem Jahr abermals verpasst, neue Antriebstechnologien für die Bodenseegürtelbahn einzurichten. Eine Umstellung auf Hybridantrieb wäre problemlos möglich, sogar die Brennstoffzellen-Technologie hätte hier zum Einsatz kommen können.

Die FDP/DVP-Fraktion hatte im Landtag für den Haushalt 2020/21 den Antrag gestellt 100 Mio. für die Forschung der Brennstoffzellen-Technologie bereitzustellen. Der Bodenseeraum sollte zur Modellregion für Brennstoffzellen-Züge werden. **Abermals hat die grün-schwarze Regierung diese Chance verpasst und den Antrag mit Regierungsmehrheit abgelehnt.**

[Hier geht es zu meiner kleinen Anfrage](#)

Regierungspräsidium präsentiert Vorzugsvariante B 31 neu

Aus einem Bündel an Varianten hat sich nun die Vorzugsvariante zwischen Meersburg und Immenstaad herauskristallisiert. Mit dieser Variante B1 gelingt es, viele Anwohnerinnen und Anwohner von Verkehr, Lärm und Schadstoffen zu entlasten.



Die Planungsunterlagen wurden zwischenzeitlich dem Bund übermittelt. Weitere Dialogprozesse unter Mitwirkung der Experten- und Gutachtergruppen sollen noch in diesem Jahr folgen. Offen ist noch die Frage des Straßenquerschnittes, ob es eine vierspurige oder nur eine dreispurige Variante wird.

Ich persönlich bevorzuge die vierspurige Variante. Allerdings muss dafür kein Regelquerschnitt mit einer Breite von 20m entstehen. Für diese wenigen Kilometer könnte auch eine „Vierspurig light“ mit weniger Flächenverbrauch zum Einsatz kommen, ohne Mittelgrünstreifen und Seitenstreifen. Zur Verkehrssicherheit kann bei diesem engeren Straßenquerschnitt zum Beispiel ein LKW-Überholverbot eingerichtet werden.

Ich hoffe, dass noch in diesem Jahr alle offenen Fragen geklärt werden können und mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen werden kann.



<https://b31.verkehr-bodenseeraum.de/>

Weihnachtsaktion 2019

Gemeinsam mit der FDP Friedrichshafen wurde eine Dankeschön-Torte an die Mitarbeiter des Rettungshubschraubers Christopher 45 beim Klinikum Friedrichshafen überbracht und somit symbolisch allen Menschen gedacht, die über die Feiertage Ihren Einsatz zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger leisten.



Bei dieser Gelegenheit konnten wir hierbei auch den Rettungshubschrauber begutachten und uns ein Bild von den Aufgaben der DRF Luftrettung machen.

Nach wie vor sind Nachtflüge des Rettungshubschraubers nicht erlaubt. Mit Schreiben vom 3.12.2019 hat mich Innenminister Thomas Strobel persönlich zum Stand der Dinge informiert. Laut Minister laufen derzeit noch Ist-Stand-Analysen und Strukturuntersuchungen. Sobald Ergebnisse vorliegen soll entschieden werden, ob der Standort Friedrichshafen für Nachtflüge zugelassen wird. Ich bleibe hier dran, damit der Slogan der DRF Luftrettung „Wir sind für Sie da - immer und überall“ stimmt.

Dreikönigstreffen 2020 der Freien Demokraten

Wir starten den 120. Ordentlichen Landesparteitag mit der wegweisenden Rede unseres Landesvorsitzenden Michael Theurer MdB. Wir stimmen als Delegierte über eine Vielzahl von Anträgen ab, die unsere Mitglieder vorher online einreichen und beraten konnten. Zudem verabschiedeten wir den Leitantrag.



Im Fokus stehen Alternative Antriebstechnologien wie z. B. Wasserstoff und Schaffung eines ökologischen Ordnungsrahmens für die soziale Marktwirtschaft, sowie die Positionierung unserer Partei für den Landtagswahlkampf 2020/21.

Mobilität, Wohnungsbau und Bürgerliche Freiheitsrechte sind unsere Themen des Jahres 2020.



Impressum

Klaus Hoher MdL
Wahlkreisbüro Bodenseekreis
Spießhalden 4
88682 Salem

Vielen Dank für Ihr Interesse!
Die nächste Ausgabe des Newsletter I / 2020
erscheint am 10.03.2020
Ihr/Euer Klaus Hoher MdL

Tel: 07544 96 79 922
Fax: 07544 96 79 923
Mobil: 0176 57 94 27 45
wahlkreisbuero@fdp-bodensee.de
www.klaus-hoher.de